

Hinter dem Schleier wissenschaftlicher Objektivität: Rezension zu "Die Herrschaft der Inzidenzen und Evidenzen: Regieren in den Fallstricken des Szientismus" von Richard Münch

Bach, Maurizio

Veröffentlichungsversion / Published Version

Rezension / review

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Bach, M. (2023). Hinter dem Schleier wissenschaftlicher Objektivität: Rezension zu "Die Herrschaft der Inzidenzen und Evidenzen: Regieren in den Fallstricken des Szientismus" von Richard Münch. *Soziopolis: Gesellschaft beobachten*. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-85018-3>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

Maurizio Bach | Rezension | 24.01.2023

Hinter dem Schleier wissenschaftlicher Objektivität

Rezension zu „Die Herrschaft der Inzidenzen und Evidenzen. Regieren in den Fallstricken des Szientismus“ von Richard Münch



Richard Münch
Die Herrschaft der Inzidenzen und Evidenzen . Regieren in den Fallstricken des Szientismus
Deutschland
Frankfurt am Main 2022: Campus
293 S., 39,00 EUR
ISBN 9783593516035

Der Bezug auf statistische Größen ist sowohl im Regierungsgeschäft als auch in öffentlichen Debatten gängige Praxis. Das „Regieren durch Zahlen“ geht Hand in Hand mit der großen Aufmerksamkeit, die Expert:innen aus den (zumeist experimentellen) Wissenschaften im Prozess der politischen Meinungsbildung und Entscheidungsfindung zuteil wird. Wenn sich politisch-administrative Maßnahmen mit Zahlen und empirischen Studien begründen lassen, gelten sie als rationale Entscheidungen, als Manifestationen einer zumeist positiv bewerteten „faktengestützten“ beziehungsweise „evidenzbasierten“ Politik.

Doch hält das „Regieren durch Zahlen“ was es verspricht? Welche gesellschaftlichen Kräfte treiben die Dynamik der Quantifizierung sozio-politischer Phänomene an? Mit welchen Konsequenzen und Nebenfolgen ist zu rechnen, wenn Inzidenzen, Rankings, Benchmarks und dergleichen statistische Messwerte als Grundlage für politische Entscheidungen dienen? Was bedeutet die „Epistemisierung“ des Politischen und die zunehmende Macht der wissenschaftlichen Expert:innen für die Struktur der staatlichen Herrschaft, was für die Demokratie?

Diese und damit zusammenhängende Fragen stehen im Mittelpunkt von Richard Münchs neuestem Buch *Die Herrschaft der Inzidenzen und Evidenzen*. Das Forschungsfeld ist freilich nicht neu, wie die umfängliche Forschungsliteratur belegt.¹ Münch, der sich mit dieser Thematik bereits in früheren Veröffentlichungen ausführlich beschäftigt hat, gehört zu den ausgewiesenen Forschern auf diesem Gebiet. Doch durch die Corona-Pandemie hat das Thema noch einmal deutlich an Aktualität gewonnen, insofern Wissenschaftler:innen in einem Maße in der Öffentlichkeit als prominente Ratgeber der Regierungen aufgetreten sind, wie dies zuvor nur selten der Fall war, und die Politik die getroffenen Maßnahmen zur Pandemiebewältigung mit ebendieser wissenschaftlichen Expertise gerechtfertigt hat.

Im vorliegenden Band, der teils erweitertes älteres, teils bisher unveröffentlichtes Material enthält, verknüpft Münch frühere Forschungen zur Expertokratie im Bildungssystem und auf transnationaler Ebene mit einer soziologischen Analyse der aktuellen Entwicklungen im Zusammenhang mit der Pandemie und zwar anhand von zwei groß angelegten empirischen Fallstudien. Zum einen wird das staatliche Krisenmanagement während der Corona-Pandemie untersucht, zum anderen geht es um das PISA-Regime der vergangenen Jahrzehnte. So unterschiedlich die beiden Forschungsobjekte inhaltlich auch sein mögen – man könnte sogar den Eindruck gewinnen, es mit zwei Büchern in einem Band zu tun zu haben –, der geteilte Fokus auf die Rolle, die statistische Evidenzen und wissenschaftliche Expertise als Bezugspunkte politischer Governance einnehmen, rechtfertigt es dann doch, von einer thematisch relativ homogenen Monografie zu sprechen.

So kann man die Abschnitte über das „Regieren der Bildung“ (Kap. 3), in denen die PISA-Politik – mit der die OECD-Staaten die Leistungsfähigkeit ihrer Schulsysteme hinsichtlich der Lernerfolge der Schüler:innen vergleichend evaluieren und entsprechende Reformstandards setzen – im Mittelpunkt steht, als gelungene soziologische Fallstudie zu den vielen nicht-antizipierten Konsequenzen einer datengetriebenen Metrifizierung der Bildungswelt lesen. Denn was auf den ersten Blick wie objektive, *per se* unpolitische und unverfängliche Orientierungshilfe für die Schulreformpolitik erscheint, erweist sich als eine eigenartige Realitätskonstruktion mit problematischen politischen und gesellschaftlichen Folgen.

Einer der oft unterschätzten Effekte ist, dass im Schatten der vermeintlichen Objektivität bildungsökonomischer PISA-Doktrin internationale und weit verzweigte Expertennetzwerke symbolisches und monetäres Kapital kumulieren, womit sie ihre eigene Machtstellung und die der federführenden NGOs im Bildungssystem zementieren. Das scheinbar völlig unschädliche Sammeln und Auswerten von internationalen Daten zur

Performanz von Schüler:innen verwandelt sich so unter der Hand in konkrete wie folgenreiche Definitions- und Steuerungsmacht, von der gewinnträchtigen Kommerzialisierung der internationalen Evaluierungs-, Forschungs- und Beratungsindustrie ganz abgesehen. Damit ist nach Münch ein bildungsindustrieller „Wissen-Macht-Komplex“ (im Sinne Foucaults) entstanden, dessen meist den neueren Management-Doktrinen („New Public Management“) entstammende Paradigmen den bildungspolitischen Diskurs weitgehend beherrschen (S. 181). Im Verein mit einer wachsenden internationalen Testindustrie und mit Unterstützung der nationalen Ministerialbürokratien ist dabei ein Wissens- und Diskurskartell entstanden, das im sozialen Feld der Bildung so allgegenwärtig wie mächtig ist. Sein Einfluss beschränkt sich keineswegs bloß auf desinteressierte und neutrale Beratung der Bildungspolitik, vielmehr greift es mit seinen Programmen und Empfehlungen tief in die alltägliche Schulpraxis und Erfahrungswelt der Lehrer:innen ein und konfrontiert diese mit Anforderungen, die oft weit von der schulischen Alltagsrealität entfernt sind. Die Reformlogik fällt eher dem „Tunnelblick der Zahlen“ (S. 107) anheim, statt dem konkreten pädagogischen Erfahrungswissen der Akteure im Feld Rechnung zu tragen.

Dass das PISA-Regime seine selbst gesetzten Ziele – Verbesserung der Schülerperformanz, Verminderung der Bildungsungleichheit, positive Wohlstandseffekte – in der Regel gar nicht zu erreichen vermag, gehört mit zu den frappierendsten Ergebnissen von Münchs eigenen empirischen Auswertungen. Im Gegenteil, „die Schule gleicht die soziale Ungleichheit nicht aus, sondern reproduziert sie fortlaufend“ (S. 158), lautet einer dieser Befunde. Die mit hehren Absichten verfolgte Verwissenschaftlichung der Schulreformpolitik entpuppt sich somit als ein alltägliches Desaster für die Lehrer:innen und als ein Angriff auf die liberale Schulpolitik sowie die nationalen kulturellen Bildungstraditionen.

Münchs Ausführungen zum staatlichen Corona-Management zielen dagegen auf eine makrosoziologische Analyse der gesamtgesellschaftlichen und vor allem auch politischen Aspekte des aktuellen Pandemiegesehens. Dadurch reichen die zeitdiagnostischen Perspektiven dieses Buchteils natürlich weit über die Untersuchung des PISA-Regimes hinaus und angesichts der scharfen Kontroversen und Konflikte, die das staatliche Krisenmanagement begleiten, kommt ihm auch eine weitaus größere tagespolitische Brisanz zu.

Die schwerste Gesundheitskrise seit der Spanischen Grippe hat Münch zufolge sowohl den Staat als auch die Wissenschaft auf besondere Weise herausgefordert. Zudem erweist sich

ihr konsensuelles Zusammenwirken als ein Politikum ersten Ranges. Offener als zu jedem anderen Zeitpunkt in der Geschichte Nachkriegsdeutschlands habe sich ein epochaler Strukturwandel der Herrschaft manifestiert, der zu einem „benevolenten Paternalismus“ tendiere. Zwar seien dessen Repräsentanten überwiegend von „guten“ Absichten – Leben retten, Gesundheit schützen, sozialen Zusammenhalt stärken – geleitet. Doch bilde die unverhältnismäßige Härte und Unerbittlichkeit, die die Exekutive beim Versuch, die Ausbreitung von SARS-CoV-2 einzudämmen, an den Tag legte, einen dem paternalistischen Staat inhärenten autoritären und die Demokratie gefährdenden Zug ab. Die extreme Bedrohungslage nach dem Auftreten des Virus einer- und die in Nachkriegsdeutschland präzedenzlose Ausrufung eines zeitweisen Staatsnotstands andererseits verstärkte, wie Münch ausführt, die älteren und langfristigen Tendenzen zum autoritären Fürsorgestaates nachhaltig.

Kein kontingentes Geschehen also, im Gegenteil: folgt man Münch, so hat es eine lange Vorgeschichte. Nicht zufällig bezieht er sich hier auf Michel Foucaults vielbeachtetes Spätwerk zur Genealogie der Biopolitik.² Darin bringt der französische Philosoph die Emergenz der absoluten Souveränität des Staates in Verbindung mit einer sich im Laufe der Jahrhunderte allmählich durchsetzenden Bevölkerungspolitik, die die vitalen Lebensgrundlagen der Massen – Sexualität, Ernährung, Gesundheit, Arbeitsproduktivität – zum Objekt nahezu totaler staatlich-bürokratischer Kontrolle und Überwachung macht. Durch das „Regieren der Bevölkerung“ erweitert und befestigt der moderne Staat seine institutionelle, letztlich auch über jeder formalen Verfassung stehende uneingeschränkte Souveränität.³

In diesem Zusammenhang hat Foucault auch auf die entscheidende Rolle der biomedizinischen Wissenschaften, insbesondere der Bevölkerungsstatistik als soziale Klassifikations- und politische Normierungsdispositive („*normalisation*“) hingewiesen.⁴ Die Unabhängigkeit und die politische Neutralität, deren sich der biomedizinische Positivismus gerne rühmt, war schon nach Foucault eine Chimäre. Vielmehr ist gerade auch der „Wahrheitsdiskurs“ immer schon von Herrschaftsdispositiven durchdrungen. Größere Gesundheitskrisen, wie Hungersnöte oder Epidemien (von der Pest im 16. bis zur Cholera im 19. Jahrhundert), haben sich dabei immer wieder als Anlass für und Treiber von staatlichen Kontroll- und Überwachungsmaßnahmen erwiesen. Münch nimmt diesen Theoriestrang auf und argumentiert, dass es vor diesem Hintergrund keineswegs überraschend ist, dass auch die aktuelle Pandemiepolitik in diese Richtung weist: Das engmaschige, direkt an die Leibsphäre der Menschen heranreichende behördliche Kontrollregime mit seinen Hygienevorschriften, Kontaktbeschränkungen, Test- und

Quarantäneauflagen sowie Impfpflichten lässt sich in dem von Foucault beschriebenen Kontinuitätsmuster „panoptischer“ Gouvernamentalität verorten (S. 72 ff.).

In soziologischer Hinsicht vielleicht noch aufschlussreicher sind Münchs Ausführungen zum System des Szientismus, das den Politikbetrieb mit einer nicht enden wollenden Flut von Zahlen und wissenschaftlichen Einzelstudien versorgt. Zusammengefasst ist „Szientismus“ nach Münch nicht einfach nur ein anderer Terminus für exakte und universale Wissenschaftlichkeit; vielmehr handelt es sich dabei um eine Form der Depravierung oder, um eine wissenssoziologische Einsicht Karl Mannheims aufzunehmen, eine *Selbstdesavouierung* von Wissenschaft.⁵ Das wird deutlich, wenn Münch die Differenz zwischen genuiner Wissenschaft auf der einen und dem Szientismus auf der anderen Seite markiert. Dazu greift er mit guten Gründen auf Luhmanns Theorieschema der funktionalen Differenzierung zurück. Die Wissenschaft orientiert sich demzufolge am binären Wahrheitscode („wahr/unwahr“), wobei sie ihre funktionale Autonomie im *modus operandi* der selbstreferenziellen Wissenserzeugung reproduziert. Demgegenüber handelt es sich beim Szientismus um eine zur politischen Doktrin dogmatisierte Wissenschaftsgläubigkeit, mithin um eine spezifische Deformationsgestalt der Wissenschaft, die aus der systematischen Instrumentalisierung der Wissenschaft durch die politischen Institutionen und Akteure hervorgeht.

Genau die Verschiebung dieser Systemgrenze konstituiert also den Szientismus. Denn bei einer Symbiose von Wissenschaft und Politik, wie sie während der Pandemie unter anderem in der weitgehend gleichgerichteten Allianz von RKI und prominenten Virologen einer-, dem Bundeskabinett und den Gesundheitsministern von Bund und Ländern andererseits zutage getreten ist, begeben sich die beteiligten Wissenschaftler:innen faktisch in die Verwendungszusammenhänge des politischen Systems. Hier dominiert jedoch der binäre Code „Macht haben/Macht nicht haben“, wobei sich Macht in der parlamentarischen Demokratie primär in der Bilanzierung von Wählerstimmen und im Mehrheitsprinzip abbildet. Wenn es nun aber zu einer Entdifferenzierung von Wissenschaft und Politik im System des Szientismus kommt, dann gelangt vor allem eine Ratio der Komplexitätsreduktion und Verdinglichung zum Durchbruch, die den Wahrheitscode des Teilsystems Wissenschaft faktisch unterläuft. Statt des Zweifels regiert dann eine rhetorische Suggestion von Eindeutigkeit und Gewissheit und die Anerkennung der Pluralität konkurrierender und prinzipiell revisionsoffener Paradigmen und Hypothesen wird von kognitiven Schließungen und Dogmatisierungen abgelöst. Schließlich mutiert die ergebnisoffene Debatte unter autonomen Wissenschaftler:innen um die beste Fragestellung und Problemlösung in eine Funktion der *politischen* Kommunikation. Dabei kommen

typischerweise wissenschaftsfremde Momente ins Spiel, wie massenmediale Resonanz, Prominenz, (Partei-)Loyalität, Zeitdruck, rhetorische Zuspitzungen und dergleichen, die die Konventionen (und das Ethos) wissenschaftlicher Wahrheitsproduktion praktisch unterlaufen. Ganz abgesehen davon, dass wissenschaftliche Themen und Erkenntnisse massenmedial aufbereitet und damit in Erlebnis- und Moralvorstellungen der alltäglichen Lebenswelt übersetzt werden müssen, um öffentlich wahrgenommen und entsprechend verarbeitet werden zu können.

Dem Szientismus liegt somit also auch ein innerer Gestaltwandel der Wissenschaft zugrunde. Diese soziale Metamorphose basiert auf dem sozialen Rollen- oder Typuswechsel der Wissenschaftler:innen zu Expert:innen, die in ihrer Kommunikation nicht mehr primär den spezifischen Normen des sozialen Feldes der Wissenschaft, sondern denjenigen des politischen Systems folgen. Die Forschung arbeitet dann, wie Luhmann einmal formulierte, nicht mehr „im Scheinwerferlicht ihres eigenen Fahrzeugs, sie wird seitab ins Dunkel geführt“.⁶

Und dieser Prozess impliziert sogar noch weit mehr epistemologische Probleme als von Münch beschrieben. Bereits mit dem naturwissenschaftlich-positivistischen Blick auf die Realität geht regelmäßig, wie es Karl Mannheim einmal formulierte, eine „ontische Hypostasierung“ der Fakten zu einer metaphysischen „Sphäre letzten Seins“ einher; was nicht zuletzt in einer unreflektierten „Empiriefrömmigkeit“ zum Ausdruck kommt.⁷ In ihrer szientistischen Steigerung gesellt sich zu diesem Selbstmissverständnis des Positivismus zudem noch eine Überschätzung des empirischen Werts und Wirklichkeitsgehalts des statistischen Arguments. Beides, die Hypostasierung von Naturgesetzen und die Überbewertung aggregierter Daten, tragen zudem zu naturalistischen Fehlschlüssen bei, die im politischen Raum fatale Konsequenzen haben können. Das hat maßgeblich mit einer Eigenart von Naturgesetzen zu tun, nämlich dass sie *zwingend* sind, ihr Geltungsanspruch also alternativlos ist, keine Kompromisse zulässt und damit grundsätzlich nicht verhandelbar ist. Deshalb nehmen, wie schon Hannah Arendt feststellte, naturwissenschaftliche Wahrheiten im politischen und sozialen Zusammenhang oft einen „despotischen Charakter“ an.⁸ Der szientistisch-technokratischen Herrschaft wohnt daher ein unaufhebbares antidemokratisches Strukturmoment inne. Diesem Grunddilemma technokratischer Gesellschaftssteuerung entkommt man allerdings nicht indem man, wie Münchs Ausführungen gelegentlich nahelegen, verhältnismäßig komplexere statistische Gegenevidenzen, deliberative Verfahren der parlamentarischen Demokratie oder das vermeintlich überlegene Erfahrungswissen der Bürger, mithin den „gesunden Menschenverstand“, als „Gegengift“ ins Feld führt.

Die Corona-Politik hierzulande bietet jedenfalls, wie Münchs ausführliche Studie zeigt, reichlich Anschauungsmaterial für die skizzierten problematischen Effekte einer technizistisch-szientistischen *Governance*. Die massiven Freiheitsbeschränkungen im Namen des Gesundheits- und Lebensschutzes und die verschärfte massenmediale Angstkommunikation, aber auch die meist mit sehr wenigen und isolierten Kennziffern (Inzidenzrate, Reproduktionswert, Intensivbettenquote und dergleichen) legitimierte Stillstellung großer Teile des gesellschaftlichen Lebens in den Lockdowns veranschaulichen in seltener Plastizität, welche sozialen Verwerfungen von der Maxime *Follow the science* ausgehen können. Aber auch die scheinbar endlose Kaskade von unerwünschten gesamtgesellschaftlichen Nebenfolgen, die eine permanente, vielfach erratisch wirkende rechtlich-bürokratische Nachjustierung von Fehlentscheidungen erforderlich machte, folgt dieser szientistischen Verwerfungslogik. Von der Entstehung (und wohl auch Verfestigung) einer neuen Konfliktlinie ganz zu schweigen, die entlang vormals eher randständiger und politisch unergiebigere Themen wie dem Schutz von Risikogruppen, den Hygieneregeln, der soziale Kontakt- und Mobilitätsintensität, der Impfkampagne etc. verläuft.⁹

Als ein Soziologe, der brillante Theoriekompetenz und bienengleichen Forscherfleiß zu klugen und erhellenden Gesellschaftsdiagnosen zu verknüpfen vermag, gehört Richard Münch zu den bedeutendsten Denkern unseres Faches. Und das besprochene Buch belegt das einmal mehr: Mit seiner Fülle an empirischen Material, seiner komplexen gesellschaftstheoretischen Rahmung und den profunden, aus einem immensen Fundus an Wissen über die Metamorphosen des Sozialen schöpfenden Analyse ist ihm eine beachtenswerte soziologische Krisendiagnose gelungen, die zum Weiterdenken anregt und der man zahlreiche Leser:innen wünscht.

Endnoten

1. Siehe etwa Nico Stehr / Reiner Grundmann, Expertenwissen. Die Kultur und die Macht von Experten, Beratern und Ratgebern, Velbrück 2010; Alexander Bogner, Die Epistemisierung des Politischen. Wie die Macht des Wissens die Demokratie gefährdet, Ditzingen 2021; Sebastian Büttner / Thomas Laux (Hg.), Umstrittene Expertise. Zur Wissensproblematik der Politik (Leviathan Sonderband 38), Baden-Baden 2021.
2. Siehe vor allem Michel Foucault, Sécurité, territoire, population. Cours au Collège de France. 1977–1978 (dt. Sicherheit, Territorium, Bevölkerung. Geschichte der Gouvernementalität I, Berlin 2004).
3. Siehe Michel Foucault, Histoire de la sexualité I, La volonté de savoir, in: ders., Œuvres II, Paris 2015, Kap. V; Foucault, Sécurité, S. 105–111 (dt. Der Wille zum Wissen. Sexualität und Wahrheit I; Berlin 1983).
4. Foucault, Sécurité, S. 56 ff.
5. Siehe Karl Mannheim, Das Problem einer Soziologie des Wissens, in: ders. Wissenssoziologie. Auswahl Aus dem Werk, eingeleitet und herausgegeben von Kurt H. Wolff, Berlin und Neuwied 1964, S. 318–333.
6. Niklas Luhmann, Soziologie des Risikos, Berlin / New York 1991, S. 219.
7. Mannheim, Wissenssoziologie, S. 330.
8. Siehe Hannah Arendt, Wahrheit und Lüge in der Politik. Zwei Essays, München 2013, S. 61.
9. Siehe dazu etwa Sven Reichardt (Hg), Die Misstrauensgemeinschaft der „Querdenker“. Die Corona Proteste aus Kultur und sozialwissenschaftlicher Perspektive, Frankfurt / New York 2021; Carolin Amlinger / Oliver Nachtwey, Gekränkte Freiheit. Aspekte des libertären Autoritarismus, Berlin 2022, Kap. 7.

Maurizio Bach

Maurizio Bach ist Senior Professor für Soziologie an der Europa-Universität Flensburg und Professor (em.) für Allgemeine Soziologie an der Universität Passau. Seine Forschungsschwerpunkte liegen in den Bereichen soziologische Theorie, politische Soziologie, Europasozio­logie und Faschismusforschung.

Dieser Beitrag wurde redaktionell betreut von Hannah Schmidt-Ott.

Artikel auf soziopolis.de:

<https://www.sozio­polis.de/hinter-dem-schleier-wissenschaftlicher-objektivitaet.html>